

Übungsfragen KK Schweizer Politik Typ A-Fragen

- Welches der folgenden fünf Merkmale ist gemäss Arendt Lijphart (2012) keine vertikale Machtteilungsdimension seiner Typologie demokratischer Systeme?
- Föderalistischer Staatsaufbau
 - Einkammersystem
 - Rigide Verfassung
 - Koalitionsregierung
 - Unabhängige Notenbank
- Welche der folgenden Wirkungen trifft nicht auf eine Konsensdemokratie zu?
- Höhere Korruptionskontrolle
 - Weniger gewaltsame innenpolitische Konflikte
 - Höhere Sozialausgaben pro Kopf
 - Höhere gesellschaftliche Ungleichheit
- In welche der folgenden historischen Perioden fällt der Sonderbundskrieg von 1847?
- Helvetische Republik
 - Mediationsakte
 - Restauration
 - Liberale Regeneration
 - Bundesverfassung von 1848
- Welche der folgenden Elemente trifft nicht auf die Staatsordnung von 1848 zu?
- Gewaltenteilung
 - Tagsatzung
 - Allgemeines Wahlrecht
 - Minimalanforderungen für die Kantonsverfassungen
- An welchen der folgenden eidgenössischen Parlamentswahlen nahm die Beteiligung im Vergleich zu den letztmaligen Wahlen am stärksten ab?
- 1919
 - 1947
 - 1971
 - 1999
 - 2015
- Welche der folgenden Elemente ist kein Teil der vertikalen Institutionen des Schweizer Föderalismus?
- Zweikammersystem
 - Kantonsreferendum
 - Konkordate
 - Standesinitiative
 - Ständemehr
- Welche der folgenden Aussagen zur Schweizer Regierung ist nicht richtig?
- Beim Mitberichtsverfahren wie auch bei der Ämterkonsultation haben das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement EJPD und Eidgenössische Finanzdepartement EFD das höchste faktische Gewicht
 - Die Zauberformel währte zwischen 1959 und 2003
 - Seit 1848 war der Freisinn ununterbrochen im Bundesrat vertreten
 - Mitglieder des Bundesrates können nicht gleichzeitig Mitglieder des National- oder Ständerates sein
 - Der Bundesrat entscheidet nach der Mehrheitsregel, ist ab mindestens drei anwesenden Mitgliedern entscheidungsfähig, und bei Stimm Patt hat die Bundeskanzlerin bzw. der Bundeskanzler den Stichentscheid.
- Welche Reihenfolge entspricht dem Entscheidungsablauf im Parlament?
- A: Behandlung in den Fraktionen des Erstrates, B: Navettensystem, C: Vorberatung in der Kommission des Zweitrates, D: Bezeichnung des erstbehandelnden Rates durch Präsidien SR/NR
- ACDB
 - DACB

Koalitionsregierung

Höhere gesellschaftliche Ungleichheit

Liberale Regeneration

Tagsatzung

1971

Konkordate

Der Bundesrat entscheidet nach der Mehrheitsregel, ist ab mindestens drei anwesenden Mitgliedern entscheidungsfähig, und bei Stimm Patt hat die Bundeskanzlerin bzw. der Bundeskanzler den Stichentscheid. → Bundespräsident hat diese Funktion

DACB

- ABCD
 - DBAC
- Welche Aussage trifft nicht auf die Wirtschaftsverbände in der Schweiz zu?
- Das schweizerische System der Interessensverbände entspricht dem Korporatismus.
 - Die Organisationsfähigkeit der Arbeitgeber > Arbeitnehmer
 - Wirtschaftsverbände wirken nur in der Umsetzung der Politik, nicht aber bei der Politikformulierung mit.
 - Die Reichweite der GAV ist schwach
- Welche der folgenden Elemente ist kein Faktor der Stimmbeteiligung?
- Geschlecht
 - Interesse an Politik
 - Vertrautheit mit dem Gegenstand
 - Parteizugehörigkeit
- Am 10.6. und 23.9.2018 wird über die folgenden fünf Vorlagen an der Urne entschieden. Bei welcher Vorlage ist kein doppeltes Mehr (Stände- und Volksmehr) nötig?
- Vollgeld-Initiative
 - Bundesgesetz über Geldspiele
 - Bundesbeschluss über die Velowege sowie die Fuss- und Wanderwege (direkter Gegenentwurf zur Velo-Initiative)
 - Fair-Food-Initiative
 - Volksinitiative für Ernährungssouveränität

Typ K-Prim

- Welche der folgenden Aussagen zur Veränderung der Schweizerischen Konsensdemokratie seit Arendt Lijpharts Untersuchung von 1971 sind richtig bzw. falsch?
- Der Föderalismus ist stabil geblieben Richtig
 - Die Globalisierung in den 1990er Jahren führte zu starken Veränderungen auf der horizontalen Achse Lijpharts (1999), was sich in der zunehmenden Polarisierung des Parteiensystems zeigt Richtig
 - Die Schweiz ist auf der horizontalen (Exekutive-Parteien) Dimension konsensdemokratischer geworden Falsch
 - Auf die Herausforderung durch funktionale Räume hat die Schweiz mit einer Regierungskonkordanz en panne reagiert Falsch
 - Während die zweite Dimension Lijpharts (federal-unitary) seit den 1990er Jahren eine majoritäre Entwicklung erfuhr, zeichnet sich die erste Dimension (exekutive-party) durch hohe Stabilität aus Falsch (umgekehrt)
- Welche der folgenden Aussagen zum Schweizerischen Föderalismus sind richtig bzw. falsch?
- Die Entstehung von funktionalen Räumen und interkantonalen Konkordaten führt zu Demokratiedefiziten Richtig
 - Neue Mehrheitsregeln von Ständerat und Ständemehr sind wahrscheinlich, da die Realisierungschancen aufgrund der Sperrminorität hoch sind Falsch
 - Die Souveränität der Kantone beinhaltet zwar Freiheit der Wahl ihrer Behörden aber politische Kontrolle durch den Bund Falsch (keine politische Kontrolle)
 - Kantone sind zur Zusammenarbeit verpflichtet Richtig
 - Konkordate dienen dazu, politische Vereinbarungen und Massnahmen zwischen einem Kanton und der Bundesebene festzulegen. Falsch
 - Die Konferenzen der jeweiligen kantonalen Direktoren- und Fachbeamten können den horizontalen Institutionen des schweizerischen Föderalismus zugeordnet werden. Richtig
- Welche der folgenden Aussagen zur direkten Demokratie sind richtig bzw. falsch?
- Während Glarner BürgerInnen die grössten Mitwirkungsmöglichkeiten geniessen, ist die Mitwirkung im Kanton Genf stärker eingeschränkt, da direktdemokratische Instrumente bezüglich ihrer Ausgestaltung und ihrer Nutzung der Organisationsfreiheit der Kantone unterliegen Richtig
 - Alle Gesetze sowie referendumpflichtige Bundesbeschlüsse verlangen eine automatische Abstimmung und brauchen zur Annahme das Volks- und das Ständemehr. Falsch
 - Sowohl auf Bundes- wie auch auf Kantonsebene gibt es die Möglichkeit der Falsch

Gesetzesinitiativen.	
- Die staatsrechtliche Entwicklung der Schweiz ist als Veränderung einer repräsentativen zu einer halbdirekten Demokratie zu beschreiben.	Richtig
Welche der folgenden Verbände sind Vertreter der ArbeitnehmerInnen?	Schweizerischer Gewerkschaftsbund, Vereinigung Schweizer Angestelltenverbände
- Schweizerischer Gewerkschaftsbund	
- Economiesuisse	
- Gewerbeverband	
- Vereinigung Schweizer Angestelltenverbände	
Welche der folgenden Aussage(n) trifft/treffen bezüglich der Mitwirkung der Kantone auf Bundesebene zu?	
- Die Kantone haben auf Bundesebene kein Mitspracherecht	Falsch
- Die Kantone beteiligen sich rege und mit überaus starkem Gewicht im vorparlamentarischen Vernehmlassungsverfahren	Falsch
- Die Mitwirkung der Kantone an der Willensbildung auf Bundesebene kann als horizontales Instrument des Föderalismus bezeichnet werden	Falsch
- Das Ständemehr schützt bei nationalen Abstimmungen häufig die Interessen der ehemaligen Sonderbundskantone	Richtig
- StänderätInnen gelten als KantonsvertreterInnen, weil nach ihrer Volkswahl noch eine Bestätigung durch die jeweiligen kantonalen Exekutivmitglieder vorgesehen ist.	Falsch
Ein Beitritt der Schweiz in die EU unterläge...	
- Einer obligatorischen Abstimmung	Richtig
- Einem obligatorischen Verfassungs- und Staatsvertragsreferendum	Richtig
- Einem Fakultativen Staatsvertragsreferendum	Falsch
- Einer Zustimmung von Volk und Ständen	Richtig
Folgende Mitwirkungsmöglichkeiten beschreiben die Beziehung zwischen Staat und Verbänden in der Schweiz bis 1990	
- Lobbying im Parlament	Richtig
- Konsultationen für Verwaltung	Richtig
- In Kommissionen im Parlament	Falsch
- Parastaatlicher Vollzug	Richtig
Mehrheitswahlrecht führt nach Duvergers zu	
- Einem Mehrparteiensystem	Falsch
- Einem korporatistischen Verbandssystem	Falsch
- Einem Zweiparteiensystem	Richtig
- Einem Zweikammersystem	Falsch
Die grösste Wirtschaftskraft pro Einwohner hat der Kanton	
- Basel Stadt	Richtig
- Zug	Falsch
- Glarus	Falsch
- Uri	Falsch
Folgende Mitwirkungsmöglichkeiten haben die Kantone an der Willensbildung auf Bundesebene	
- Standesinitiative	Richtig
- Gesetzesinitiative	Falsch
- Konsultation im vorparlamentarischen Verfahren	Richtig
- Fraktionen	Falsch
Folgende Punkte veranschaulichen Probleme der aktuellen Regierungsform:	
- Kollegialitäts- statt Departementalprinzip	Falsch
- Repräsentation der Landesteile	Richtig
- Überbelastung der einzelnen Mitglieder des Bundesrates	Richtig
- Proporzprinzip	Falsch
Welche der folgenden Aussagen zum Schweizer Parlamentssystem sind richtig bzw. falsch?	
- Im Nationalrat ist die Fraktionszugehörigkeit eine Voraussetzung für den Einsitz in eine Kommission	Richtig
- Die Einigungskonferenz ist eine der 11 ständigen Kommissionen von National- und Ständerat	Falsch
- Ausnahmslos alle Geschäfte werden in den beiden Kammern getrennt behandelt	Falsch
- Mitglieder der eidgenössischen Räte erhalten einen Lohn von durchschnittlich 138 000 (NR) bzw. 155 000 (SR) pro Jahr	Richtig

Welche der folgenden Aussagen zum Schweizer Verbandssystem sind richtig bzw. falsch?

- Auf nationaler Ebene haben sich die Arbeitgeberverbände chronologisch früher zusammengeschlossen als die Arbeitnehmerverbände Richtig
- Einer der Gründe für die relative Schwäche der Arbeitnehmerverbände in der Schweiz ist ihre religiöse und ideologische Fragmentierung Richtig
- Die Entwicklung seit den 90er Jahren geht klar in Richtung verstärktem Korporatismus Falsch
- Eines der Merkmale des Korporatismus ist der Umstand, dass sich Interessensverbände untereinander koordinieren und sich auf nationaler Ebene zu Dachverbänden zusammenschliessen. Richtig

Welche der Aussagen zur Entwicklung der direktdemokratischen Instrumente sind richtig bzw. falsch?

- Die Kantone dienten – was die Einführung direktdemokratischer Instrumente anbelangt – gewissermassen als Versuchslaboratorien für den Bund. Das heisst: Viele der 1848 und später eingeführten Volksrechte wurden zuvor auf kantonaler Ebene eingeführt Richtig
- Die Geschichte der direkten Demokratie in der Schweiz zeigt: Die an der Urne eingeführten Volksrechte werden nicht mehr abgeschafft Falsch
- Die Verfassungsinitiative auf Teilrevision wurde bereits in der Bundesverfassung von 1848 festgeschrieben. Falsch
- Landsgemeinden gibt es aktuell nur noch in zwei Kantonen (Appenzell Innerrhoden und Glarus) Richtig

Welche der folgenden vier Aussagen zur Nutzung direktdemokratischer Instrumente sind richtig bzw. falsch?

- Das Verhältnis zwischen Annahme und Ablehnung ist bei fakultativen Referenden ausgeglichener als bei Initiativen oder obligatorischen Referenden. Richtig
- Erhält eine Volksinitiative gleich viele Ja- wie Nein-Stimmen, muss die Abstimmung wiederholt werden. Falsch
- Während das Instrument der Volksinitiative vor allem von den beiden Polparteien SP und SVP genutzt wird, ist das fakultative Referendum ein Instrument, welches vor allem CVP und FDP nutzen. Falsch
- Ein direkter Gegenvorschlag von Regierung und Parlament muss - sofern die entsprechende Volksinitiative nicht zurückgezogen wird – dem Stimmvolk gleichzeitig mit der Volksinitiative vorgelegt werden. Richtig

Welche der folgenden Aussagen zum Wahlverhalten sind richtig bzw. falsch?

- Der entscheidende Unterschied zwischen dem soziologischen und dem sozialpsychologischen Ansatz zur Erklärung des Wahlverhaltens liegt darin, dass es beim ersteren im Wesentlichen um die soziale, beim letzteren hingegen um die psychologische Zugehörigkeit zu einer Gruppe geht. Richtig
- Der „homo oeconomicus“ ist das Menschenbild der ökonomischen Theorie der Politik. Richtig
- Realignment bezeichnet den Prozess der Erosion von Parteibindungen. Falsch (dealignment)
- Das Phänomen des Wechselwählers bereitet in erster Linie der ökonomischen Theorie der Politik Schwierigkeiten Falsch

Typ E (kausale Verknüpfungen)

Die Wahlbeteiligung in der Schweiz ist erheblich tiefer als in den meisten EU-Staaten, WEIL die direkte Demokratie die Bedeutung von Parteiwahlen verringert. + weil +

Die Fraktionsdisziplin im Nationalrat ist im internationalen Vergleich sehr hoch, WEIL die Regierung von einer Mehrheit des Parlaments jederzeit aufgelöst werden kann. - / -

Das fakultative Referendum hat das politische System der Schweiz massgeblich zu einem Konkordanzsystem geformt, WEIL das fakultative Referendum Parteien, Interessensorganisationen bzw. den BürgerInnen und Bürgern allgemein die Möglichkeit gibt, Gesetzgebungsprozesse zu blockieren. + weil +

Die Kompetenzvermutung liegt bei den Kantonen, WEIL jede Kompetenz, die in der Bundesverfassung nicht explizit den Kantonen zugewiesen wird, automatisch in die Kompetenz + / -

des Bundes fällt.

Der Freisinn verlor bei den Nationalratswahlen 1919 die absolute Mehrheit, WEIL die Verteilung der Reststimmen bei den Nationalratsmandaten 1919 erstmals auch der Methode des sog. Doppelten Pukelsheim erfolgte.	+ / -
Volksinitiativen zeigen keinen Robin-Hood-Effekt, WEIL direkte Demokratie die Steuermoral verbessert	+ / +
Ein Problem der Auswertung von offiziellen Abstimmungsdaten ist der ökologische Fehlschluss, WEIL bei offiziellen Abstimmungsdaten die Repräsentativität des Samples nicht gegeben ist.	+ / -
Geld hilft nach Kriesi (2009) bei knappen Resultaten von Initiativen und Referenden, WEIL immer ein signifikanter Zusammenhang zwischen Zeitungsanzeigen und Abstimmungsresultat besteht	- / -
Ein pluralistisches Verbandssystem ist typisches Merkmal einer Konsensdemokratie, WEIL Verbände in einer Konsensdemokratie Einfluss nehmen, indem sie sich in Dachverbänden koordinieren und ihre Mitwirkung institutionell festgelegt ist.	- / +
Bei Diskussionen über die Nutzung der direktdemokratischen Instrumente wird immer wieder vorgeschlagen, die Zahl der benötigten Unterschriften zu erhöhen, WEIL eine höhere Anzahl benötigter Unterschriften dazu führt, dass direktdemokratische Instrumente weniger zu Oppositionsinteressen genutzt werden	+ / -
Die Mobilisierung während Abstimmungen durch Eliten ist wichtig für die Qualität des Stimmentscheids, WEIL intensivere Abstimmungskampagnen zu höherer Stimmbeteiligung führen	+ weil +
Die Begründung des vorparlamentarischen Verfahrens liegt laut Neidhart (1970) in der Verhinderung des Referendums, WEIL im vorparlamentarischen Verfahren referendumsfähige Akteure mit einbezogen werden (Verhandlungsdemokratie)	+ weil +
In den Bundesrat werden vor allem mehrheitsfähige Kandidierende gewählt, WEIL für die Wahl zum Bundesrat ein absolutes Mehr notwendig ist.	+ weil +
Nach dem zweiten Weltkrieg nahm die Zahl der Tage, die aufgrund von Streiks verloren gingen, signifikant ab, WEIL die Anzahl GAVs ausgedehnt wurde.	+ weil +
Zwischen dem Kollegialitäts- und dem Departementalprinzip entstehen Spannungen, WEIL sich die Phase der Gesetzesformulierung in die Verwaltung und Expertenkommission verlegt.	+ weil +
Zwischen Föderalismusprinzip und Demokratieprinzip sind zunehmende Spannungen festzustellen, WEIL die Grössenunterschiede der Schweizer Kantone abgenommen haben.	+ / -
Die Schweiz erfuhr eine verspätete Entwicklung des Sozialstaates, WEIL Referenden eine Innovationshemmung haben	+ weil +
Der Schweizerische Föderalismus ist mit dem US-amerikanischen Föderalismus direkt vergleichbar, WEIL die Kompetenzen zwischen Gliedstaaten und Bund in beiden Ländern strikt getrennt sind und ihr Föderalismus auf dem Prinzip des Wettbewerbs und der Konkurrenz fusst.	- / -
Regierung: Verschiedene Reformideen, wie zum Beispiel die Vergrösserung des Bundesrates oder die institutionelle Stärkung der ChefbeamtenInnen wurden diskutiert, WEIL die Spannungen zwischen dem Departementalprinzip und dem Kollegialitätsprinzip im Bundesrat in den letzten Jahrzehnten zugenommen haben.	+ weil +
Demokratieprobleme entstehen bei der Realisierung von Konkordaten, WEIL über den Beitritt der Kantone zu Konkordaten nicht in der kantonalen Volksabstimmung abgestimmt wird.	+ / + (aber nicht kausal)

Zusätzliche Fragen

Parlament: Mit einer Motion fordert das Parlament den Bundesrat zur Änderung einer bestehenden oder zur Ausarbeitung einer neuen Gesetzgebung auf.	Richtig
Die Fraktionsdisziplin der FDP und CVP ist höher als diejenige der Linken	Falsch
Das Departementalprinzip des Bundesrates führt zu wachsenden Aufgaben des Parlaments	Falsch
Während die Initiative eine doppelte Innovationshemmung charakterisiert, dient das Referendum der Innovation	Falsch
Die Bildung von sogenannten Fraktionen ist nur den jeweiligen Bundesparteien erlaubt.	Falsch
Die Vereinigte Bundesversammlung hat neben der Wahl der BundesrätInnen noch weitere Aufgaben.	Richtig
Der/die StänderatspräsidentIn wird umgangssprachlich als höchste Schweizerin/höchster Schweizer bezeichnet.	Falsch
Die Idee direktdemokratischer Volksrechte ersetzt bezüglich der Kontrolle der politischen Elite die „Checks-and-Balances“ der amerikanischen Verfassung.	Richtig
Die „halbdirekte Demokratie“ beschreibt die Idee, dass lediglich die Parlamentsmitglieder und nicht das Volk, die Mitglieder des Bundesrates wählen können.	Falsch
Die ersten Kantonsverfassungen im modernen Schweizer Bundesstaat entsprachen, wie auch die erste Bundesverfassung von 1848, mehrheitlich liberalen, repräsentativen Ideen der Demokratie.	Richtig
Im Gegensatz zu den Volksinitiativen haben obligatorische und fakultative Gesetzesreferenden in den letzten 50 Jahren eine relativ stabile Erfolgsquote.	Richtig
Die Studie Holzers et al. (2000) über „das Asylwesen“ ist ein Beispiel von Vollzugsdisparität im Schweizerischen Föderalismus.	Richtig
Bei hohem Konsens des Bundes und tiefem Konsens in den Kantonen folgt meist eine „geringe Umsetzung“ der Gesetze.	Falsch (unvollständige Teilumsetzung)
Die Bundeskompetenzen haben tendenziell abgenommen	Falsch
Die Wahlbeteiligung der Schweiz ist im Vergleich zu anderen Wahlen europäischer Staaten relativ hoch	Falsch
Die „cleavage-theorie“ bietet eine Weiterentwicklung der sozialstrukturellen Ansätze	Richtig
Arbeitnehmerverbände haben sich im Vergleich zu Arbeitgeberverbänden früh konstituiert	Falsch (umgekehrt)
Die SP war seit 1919 immer im Bundesrat vertreten	Falsch
Das Mitberichtsverfahren verläuft grundsätzlich zwischen dem antragstellenden Departement und Interessensverbänden, sowie dem Parlament	Falsch